

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/51

14. März 1975

Demokratisch nur bedingt einsatzbereit

Bei schlechtem Wetter kann der freiheitliche Rechtsstaat kaum mit der Union rechnen

Seite 1 / 37 Zeilen

Wer ist ein "Doppelverdiener"?

Ein Begriff, hinter dem sich Diskriminierung der Frauen verbirgt

Von Elfriede Eilers MdB
Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Der CDU-Chefarzt arbeitet mit Unterstellungen

Klarstellung zu den Gesundheits-Leitsätzen der SPD

Von Dr. med. Fritz Cremer MdL
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitsdienst (ASÄ)

Seite 4 und 5 / 53 Zeilen

Kohls Finanzminister hat keine Übersicht

Das Drama des Johann Wilhelm Gaddum aus Mainz

Von Rainer Offergeld MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Seite 6 und 7 / 66 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 06 36 840 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Demokratisch nur bedingt einsatzbereit

Bei schlechtem Wetter kann der freiheitliche Rechtsstaat
kaum mit der Union rechnen

Eine Feuerprobe blieb der zweiten deutschen Demokratie in ihrem nun schon 25jährigen Bestehen bisher erspart. Auch der gewiß alarmierende Terroristen-Spuk dieser Tage ist, für sich genommen, weniger beunruhigend als die Anfeindungen es gewesen wären, denen Weimar tagtäglich ausgesetzt war. Aber dennoch werden die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz und die von ihr überschattete Sicherheitsdebatte des Bundestages in die Historie der Bundesrepublik Deutschland eingehen und zwar als ein Markzeichen dafür, daß diese Demokratie den ersten harten Schlechtwettertest nur in ihrer einen Hälfte bestanden hat.

Es geht hier nicht um parteipolitische Auseinandersetzung, so legitim und wichtig diese in der Konkurrenz des Alltags auch ist, es gilt vielmehr objektiv festzustellen, daß die Union in ihrer Funktion als einer der beiden Hauptkomponenten dieser Demokratie essentiell versagt hat. Es wird - sobald sich die Wogen der Aufregung einigermaßen geglättet haben - für jeden klar ersichtlich sein, daß die CDU/CSU angesichts der Herausforderung des freiheitlichen Rechtsstaates durch eine Handvoll Desperados nicht das in einer Demokratie für alle verantwortungsvollen politischen Kräfte Selbstverständliche getan hat, nämlich Solidarität zu praktizieren, um die Terroristen als chancenlose Outcasts bloßzustellen, sondern daß sie vermeintlicher parteipolitischer Vorteile willen die Hysterie schürte.

Nichts als die Sicherheitsdebatte zu vorgerückter Stunde, als von der Union jegliche Contenance gewichen war, hätte anschaulicher und auch erschreckender demonstrieren können, daß es in den C-Parteien niemanden gibt, der es wagt, der antidemokratischen Krisenstrategie des CSU-Vorsitzenden Strauß entgegenzutreten, ja sich dessen ruchlosem Treiben auch nur zu verweigern. Da war von des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl anfänglichem Versuch, demokratische Manieren wenigstens nach außen zu wahren, nichts mehr zu spüren, als der "starke Mann" aus Bayern für die Opposition das Wort übernahm. Davon, daß Strauß in der Union durch seine Selbstentlarvung vermittels des Sonthofener Strategiepapiers isoliert worden wäre, kann keine Rede sein. Ob sich in einigen Oppositionspolitikern wenigstens demokratische Scham regte, läßt sich schwer sagen. Man kuschelte, schrie und lief mit.

Solidarität der Demokraten? - Straußens bereits vor Monaten gegebene Antwort wurde von der Union im Plenum praktiziert: "blödes Zeug". Das Parlament bot ein erschreckendes Bild in jener Nacht: Die CDU/CSU ist, wenn der Wind härter bläst, demokratisch nur bedingt einsatzbereit. Damit muß fortan in der Öffentlichkeit gerechnet werden.

Claus Preller
(-/14.3.1975/ja)

+ + +

Wer ist ein "Doppelverdiener"?

Ein Begriff, hinter dem sich Diskriminierung der Frauen verbirgt

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzende
der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Die Durchsetzung der sozialen Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsleben ist eine der wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgaben, denen sich Sozialdemokraten verschrieben haben. Daß es hierbei nicht nur um Verpflichtungen geht, die auf gesetzgeberischem Wege oder aber durch Tarifvereinbarungen zu lösen sind, dafür liefert die Diskussion um die Steuerreform ein handfestes Beispiel. Wenn man nämlich von einem offenkundigen Defizit an Gleichberechtigung im Arbeitsleben sprechen kann, dann gilt dieses bereits für steuerrechtliche Definitionen.

So geben die neugeschnittenen Steuerklassen für berufstätige Ehepaare leider immer wieder Veranlassung, von "Doppelverdienern" zu sprechen. Das geschieht auch ziemlich unabhängig davon, ob es sich um unionnahe Kommentatoren oder um Stimmen aus dem sozialliberalen Lager handelt. Einige Kommentatoren, denen die Widersinnigkeit dieses Begriffs - vielleicht sind sie Betroffene? - auffiel, sind auf "doppelverdienende Ehepaare" oder "beiderseits erwerbstätige Ehegatten" ausgewichen. Im Amtdeutsch heißt es kurz "Beidverdiener"; auch das Pendant "Alleinverdiener" ist kaum schöner, zumindest nicht präziser.

Tatsächlich haben wir es mit Ehepaaren zu tun, die beide berufstätig sind und demzufolge auch beide ein Einkommen erzielen; das Familieneinkommen wird also von zwei Ehepartnern erwirtschaftet. Das heißt, jeder von ihnen verdient Lohn oder Gehalt, die Frauen nicht selten weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen in vergleichbaren Positionen. Aber es wäre müßig, hierauf und auf die überwiegend den Frauen zufallende Verpflichtung, berufliche und familiäre Pflichten miteinander in Einklang zu bringen, näher einzugehen. Sie ist bekannt. Aber so sehr für berufstätige Frauen mit Familienpflichten eine Doppel- oder sogar Dreifachbelastung gegeben ist: "Doppelverdiener" sind sie in keinem Fall. Denn nur jemand, der etwa für seine Arbeitsleistung den zweifachen Lohn erlösen sollte, verdient "doppelt": ein wohl ziemlich seltener Fall. Eher fällt hierunter ein ge-

schickt spekulierender Kapitaleigner, der hohe Gewinne durch steuerliche Verlustabrechnungen vergrößert, der also doppelt verdient, ohne doppelt zu leisten.

Die Erörterung hierüber könnte ein Politiker besser den Philologen oder den um guten Sprech- und Schreibstil Bemühten überlassen, ginge es hierbei nicht um handfeste Diskriminierungen, und zwar zu Lasten der berufstätigen Frauen, um fest im öffentlichen Bewußtsein verankerte Vorurteile, die sich ihrerseits nachteilig für die Betroffenen auswirken. "Doppelverdiener" ist ein Begriff, der auch dann nicht seinen absichtlichen Unterton verliert, wenn er nur ein "sogenannter" ist. Es geht dabei auch nicht so sehr um emanzipatorische Gründe, vielmehr haben wir es in erster Linie hier mit arbeitsmarktpolitischen Erwägungen zu tun.

"Doppelverdiener" - und hierunter versteht man gewöhnlich nur die verheirateten berufstätigen Frauen - waren immer ein Spielball auf dem Arbeitsmarkt. In Krisenzeiten hatten sie stets als Erste ihren Arbeitsplatz zu räumen, ohne daß ihre sozialen Verhältnisse näher geprüft wurden. Allein das Kriterium, daß beide Ehepartner Arbeit hatten, war Entlassungsgrund genug. Darüber hinaus trägt der Begriff "Doppelverdiener" auch mit dazu bei, daß Frauen als ständige Reservearmee der Wirtschaft für Zeiten der Arbeitskräfteknappheit eingestuft werden. Unsere politische Zielsetzung, ihnen einen eigenständigen Anspruch auf fundierte berufliche Ausbildung, einen Arbeitsplatz mit guten Verdienst- und Aufstiegschancen einzuräumen, wird damit einer sprechlichen Nachlässigkeit wegen preisgegeben.

Konstruktive Politik für Frauen beginnt bereits, wenn man unseren Wortschatz revidiert. Darum: Arbeitnehmerinnen sind nicht länger "Doppelverdiener".
(- / 14.3.1975/bgy/ee)

+ + +

Der CDU-Chefarzt arbeitet mit Unterstellungen

Klarstellung zu den Gesundheits-Leitsätzen der SPD

Von Dr. med. Fritz Cremer MdL
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
der Sozialdemokraten im Gesundheitsdienst (ASÄ)

Der Vorsitzende des CDU-Bundesausschusses für Gesundheitspolitik, Prof. Dr. Fritz Beske, hat im CDU-Pressedienst den Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitsdienst (ASÄ) einer Kommentierung unterworfen, die von Unterstellungen und Falachinformationen nur so strahlt. Dieses Verhalten läßt sich nur dadurch erklären, daß Dr. Beske, der seinen Artikel mit "SPD-Ärzte für totale Verplanung des Gesundheitswesens" überschrieb, den Entwurf von sozialdemokratischen Leitsätzen zur Gesundheitspolitik überhaupt nicht gelesen hat. Anderenfalls wäre dieser Artikel in manchen Passagen verleumderisch.

Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen hat auf ihrem Kongreß kein Grundsatzprogramm zur Gesundheitspolitik verabschiedet, sondern den Entwurf von gesundheitspolitischen Leitsätzen, den eine Arbeitsgruppe beim ASÄ-Bundesvorstand verfaßt hat, diskutiert und in wesentlichen Punkten durch Tendenzbeschlüsse verändert und an den ASÄ-Bundesvorstand zurückverwiesen, der ihn überarbeiten und an den SPD-Vorstand weiterleiten soll.

Dr. Beske tut so, als würde die Vokabel "Verstaatlichung" bzw. "Sozialisierung" aus taktischen Gründen vermieden. Tatsache ist, daß im Leitsatzentwurf deutlich steht, daß eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens nicht in Betracht kommt. Die Verwirklichung der Leitsätze würde keine Verstaatlichung bedeuten. Im Gegenteil. Das vorgeschlagene integrierte System medizinischer Versorgung würde zusammen mit dem Modell der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen einer Verstaatlichung diametral gegenüberstehen. Es trifft auch nicht zu, daß, wie Dr. Beske behauptet, das Gesundheitswesen in eine

"bundeseinheitliche Bundesorganisation gepreßt werden soll". Die vorgeschlagene Selbstverwaltung auf der Ebene von Regionen (1/3 Vertreter der Versicherten, 1/3 Vertreter der im Gesundheitswesen Tätigen, 1/3 Vertreter der Kommunen) würde keine bundeseinheitliche Zwangsorganisation, straff gegliedert und mit Bundesspitze, darstellen. Keinesfalls trifft der Vorwurf zu, die Sozialdemokraten wollten das gesamte Gesundheitswesen mit einem technokratischen Planungssystem überziehen, in dem die niedergelassenen Ärzte, ihre Selbstverwaltungsgremien, die Krankenhausträger sowie die Länder nur noch Vollzugsorgane zentralbürokratischer Planung sind. Nur völlige Ignoranz oder Sbewilligkeit kann zu solchen Beurteilungen führen. Wer die medizinischen Zentren, die die niedergelassenen Ärzte und Krankenhäuser bei der technischen Befunderhebung unterstützen sollen, als die entscheidenden Schaltstellen des Gesundheitswesens nach unserem Entwurf bezeichnet, täuscht sich und andere.

Dr. Beske behauptet weiter, daß die Ärzte in den medizinischen Gemeindezentren, die wir vorschlagen, regelmäßig Sprechstunden "abzuhalten haben". Tatsache ist, daß die medizinischen Gemeindezentren die niedergelassenen Ärzte bei ihrer Arbeit zum Wohle der Patienten unterstützen sollen, und daß an Orten, in denen medizinische Gemeindezentren bestehen, auch Fachärzte, soweit solche am Ort nicht vorhanden sind, Sprechstunden abhalten können.

Sozialdemokraten wollen den Patienten nicht, wie Dr. Beske abschließend schreibt, "zum Fließbandobjekt einer Maschinerie machen, die das individuelle Patient-Arzt-Verhältnis zerstört". Solche Töne vernehmen wir von Konservativen und Reaktionären immer dann, wenn gefährdet wird, daß Standes- oder Honorarinteressen berührt werden. Sozialdemokraten wollen die niedergelassenen Ärzte von Arbeiten befreien, die nicht unbedingt von Ärzten verrichtet werden müssen, damit die Ärzte in Zukunft mehr Zeit für den Patienten haben. Das Zeitalter der Fünf-Minuten-Medizin soll seinem Ende entgegengehen!

(-/14.3.1975/ka/pr)

+ + +

Für unsere Leser: Wir wiederholen die Veröffentlichung des Artikels von Staatssekretär Offergeld, weil durch ein technisches Versehen die Manuskript-Seiten durcheinandergereht waren. Wir bitten um Entschuldigung.

Kohls Finanzminister hat keine Übersicht

Das Drama des Johann Wilhelm Gaddum aus Mainz

Von Rainer Offergeld MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Der CDU-Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz, Johann Wilhelm Gaddum, hat sich in den letzten Wochen so widersprüchlich zur Steuerreform geäußert, daß Zweifel an seinem Sachverstand aufkommen müssen. Und das, obwohl ihm die wohl aufwendigste Steuer-Beratergruppe aller Landesregierungen zur Verfügung steht.

Nicht nur, daß er sich offenbar weder mit sich selbst noch mit seinem Partei- und Regierungschef Dr. Helmut Kohl einigen kann, ob die Steuerreform nun gut oder schlecht sei: Im "Rheinischen Merkur" vom 28. Februar 1975 nannte er sie leistungsfreundlich, zur gleichen Zeit in einem Brief an die "Lieben Mitbürger" in Rheinland-Pfalz leistungsgerecht. Währenddessen rief Dr. Kohl am 18. Februar 1975 lautstark nach einer Sachverständigenkommission zur Korrektur einer Steuerreform, die er im Juli 1974 noch als einen "vernünftigen Kompromiß" bezeichnete.

Landesfinanzminister Gaddum kennt aber offenbar nicht einmal die Beschlüsse, die in seinem Auftrag gefaßt werden, und die Briefe, die in seinem Auftrag sein Ministerium verlassen: Am 7. Mai 1971 hatte der Mainzer Staatssekretär Dr. Schreiner im Auftrag von Gaddum auf einer Konferenz der Finanzminister der Länder für die Beibehaltung der Proportionalzone beim Einkommensteuertarif gestimmt.

Die Bundesregierung hatte ihren Gesetzentwurf nach diesem Beschluß ausgerichtet. Da kam Landesfinanzminister Gaddum auf den Vorschlag der "Eberhard-Kommission" zurück, einen durchgehend progressiven Tarif einzuführen. Erst als er einsehen mußte, daß sich angesichts der enormen Verwaltungsprobleme nicht einmal seine CDU/CSU-Kollegen mit diesem Vorschlag

anfreunden konnten, hatte er daraus im Bundesrat am 12. Juli 1974 wieder Zukunftsmusik gemacht. Jetzt fällt ihm sein unrealistischer Vorschlag wieder ein ("Bonner Rundschau" und "Frankfurter Rundschau" vom 18. Februar 1975, "Rheinischer Merkur" vom 28. Februar 1975). Er mußte nämlich zur Kenntnis nehmen, daß ausgerechnet sein Ministerium die neuerdings für ihn so unwillkommene Neugestaltung der Steuerklassen ausgelöst hatte. Mit Schreiben vom 7. Mai 1973 an das Bundesministerium der Finanzen hatte sich nämlich das Finanzministerium Rheinland-Pfalz für eine "Neugestaltung der genannten Steuerklassen in Richtung auf eine schärfere Anspannung der Tarife" ausgesprochen. Und am 20. Dezember 1973 hatte der Bundesrat mit den Stimmen des Landes Rheinland-Pfalz beschlossen: "Der Bundesrat begrüßt die im Entwurf vorgesehene Neugestaltung der Lohnsteuerklassen, weil sie zu einer Verminderung der Nachforderungsfälle führt".

Als sich zu Beginn des Jahres die Neueinteilung der Lohnsteuerklassen bei Arbeitnehmer-Ehegatten als eine unpopuläre Maßnahme erwies, wollte der Mainzer Landesfinanzminister Gaddum von seinen früheren Vorschlägen nichts mehr wissen. Um sich vor der Verantwortung zu drücken, scheute er auch vor nachweisbar unwehren Behauptungen nicht zurück. So wollte er der Öffentlichkeit weismachen, daß er bei seiner "Zustimmung zu der jetzt getroffenen Einteilung in die Steuerklassen ... zur Bedingung gemacht (hatte), daß ein durchgehend progressiver Tarif ... eingeführt wird". ("Bonner Rundschau" vom 18. Februar 1975).

Diese Behauptung ist schlicht unwehr. Der seinerzeitige Vorschlag Gaddums hatte nämlich wörtlich gelautet: "Wir meinen, daß mit einer Neugestaltung der genannten Steuerklassen in Richtung auf eine schärfere Anspannung der Tarife ein Weg gefunden werden könnte, auf dem das Problem der Nachforderungen auf Dauer gesehen in der Praxis bewältigt werden könnte. Eine solche Lösung könnte im Übrigen m.E. auch mithelfen, die noch bestehenden Bedenken gegen die Einführung eines durchgehend progressiven Tarifs weitgehend zu zerstreuen...". Der Vorschlag zur Neugestaltung der Steuerklassen stand also keineswegs unter der Bedingung eines durchgehend progressiven Tarifs, wie Gaddum dies heute behauptet, sondern sollte beiläufig dessen Einführung erleichtern.

Dem aufmerksamen Betrachter bleibt allerdings unverstänlich, warum Gaddum in Unwahrheiten zu flüchten versucht. Jedem Kundigen ist nämlich klar, daß die Neueinteilung der Steuerklassen auch bei der Einführung eines durchgehend progressiven Tarifs zu den zu Jahresbeginn von einigen beklagten Folgen (höhere Einkommensteuerabzüge bei Arbeitnehmer-Ehegatten) geführt hätte. Die Übergangsschwierigkeiten der letzten Monate wären also auch bei einem durchgehend progressiven Tarif eingetreten. Aufgrund seiner Äußerungen der letzten Wochen muß man also leider davon ausgehen, daß Gaddum dies nicht ganz übersieht.

(-/14.3.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller